

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der Legislative
der Vereinigten Staaten von Amerika

3/2002

325
205
2002
3



02g 683 / 14

Congress Report, ISSN 0935 - 7246

Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Alle Rechte vorbehalten.

Beirat: Professor Dr. Ernst-Otto Czempel
Redaktion: Dr. Söhnke Schreyer
Professor Dr. Jürgen Wilzewski
Anschrift der Redaktion: Goethestraße 28,
35390 Gießen; Bankverbindung: Sonder-
konto Congress Report, Konto-Nr. 937 576,
Sparkasse Gießen, BLZ 513 500 25



TA 28.

45: 325/205-2002,3

1. Congress verabschiedet Konjunkturprogramm

Nach dem Scheitern des ursprünglichen Konjunkturprogramms wird ein zweites Konjunkturprogramm im März 2002 beschlossen. Das Programm wird am Anfang März ein Konzept ausgearbeitet. Die beiden Seiten des Kongresses schlagen beide Seiten beschließen.

**abgeschlossen am
20. März 2002**

In den Abstimmungen am 1. März haben die Republikaner und Demokraten gegen 3 Stimmen ab, der Senat hat 50 gegen 47 Stimmen beschlossen. Kompromisse und unterzeichnete die Gesetzgebung.

Seite

1. Congress verabschiedet Konjunkturprogramm 1

2. Kritik an Informations- und Konsultationspolitik Präsident Bushs 2

3. Senat berät über Reform der Wahlkampffinanzierung 5

4. Bush skizziert Vorschlag für Novellierung der Familien-Sozialhilfe 6

5. Senatsausschuss gegen Bush-Kandidat für Bundesgericht 7

6. Hausausschuss für Exportkontrollen von "dual use"-Technologien 8

7. CBO legt neue Prognosen zur Haushaltsentwicklung vor 9

8. Senator Fred Thompson kündigt Ausscheiden an 9

1. Congress verabschiedet Konjunkturprogramm

Nach dem Scheitern der zwischenparteilichen Verhandlungen über ein umfassendes Konjunkturprogramm im Februar 2002 (vgl. CR 2/2002, S. 6) hat der Congress Anfang März ein Kompromisspaket verabschiedet, das sich auf die nichtstrittigen Vorschläge beider Seiten beschränkt.

In den Abstimmungen am 8. März nahm das Repräsentantenhaus die Vorlage mit 417 gegen 3 Stimmen an, der Senat mit 85 gegen 9 Stimmen. Präsident Bush begrüßte den Kompromiss und unterzeichnete die Gesetzesvorlage am 9. März 2002.

Die Einigung auf das verabschiedete Minimalpaket griff einen Vorschlag von *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) vom Januar 2002 auf (vgl. CR 1/2002, S. 5), der angesichts der verfahrenen Verhandlungslage die Ausklammerung aller kontroversen Programmpunkte als mögliche Kompromissoption ins Spiel gebracht hatte.

Nach einem erneuten Versuch, insbesondere die umstrittenen dauerhaften Steuervergünstigungen doch noch im Repräsentantenhaus durchzusetzen, lenkte die republikanische Führung um *Speaker* J. Dennis Hastert (Ill.) ein und machte den Weg für die 'kleine' Lösung frei.

Der verabschiedete Kompromiss sieht zusätzliche Ausgaben in Höhe von 42 Mrd. USD vor

- für die Finanzierung einer Verlängerung der Bezugsberechtigungsdauer für die Arbeitslosenversicherung von 26 auf 39 Wochen und
- erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für Neuinvestitionen von Unternehmen.

Fallen gelassen wurden insbesondere Steuerentlastungsvorschläge, wie die Abschaffung der Mindestbesteuerung von Unternehmen und Beihilfen für die Krankenversicherung von Arbeitslosen. Das angesetzte Finanzvolumen liegt in Folge der Ausklammerung der kostspieligen Vorschläge deutlich unter den zunächst avisierten Gesamtausgaben von 80 bis 100 Mrd. USD.

Für Präsident Bush und die Republikaner im Congress ist der ausgehandelte Kompromiss dennoch zumindest ein Teilerfolg. Wenngleich sie nicht die erhofften Vergünstigungen für Unternehmen durchsetzen konnten, demonstriert das Gesetz mit Blick auf die näherrückenden Congress-Wahlen im November Engagement in der Rezessionsbekämpfung. Dies soll dem Eindruck eines mangelnden Interesses an den wirtschaftlichen Sorgen der mittleren und unteren Einkommensgruppen auf Seiten der Republikaner entgegenwirken.

Präsident Bush und die Republikaner im Congress wollen darüber hinaus die ausgeklammerten Steuerentlastungen für Unternehmen erneut in den Congress einbringen. Bush hat bereits eine Initiative zur Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen an-

gekündigt, deren Belange in dem verabschiedeten Minimalprogramm nicht berücksichtigt worden sind.

2. Kritik an Informations- und Konsultationspolitik Präsident Bushs

Im Congress mehren sich jene Stimmen, die auf eine bessere Abstimmung zwischen Weißem Haus und Capitol drängen. Präsident Bush werfen sie vor, die Beratungen mit dem Congress zu vernachlässigen, obwohl im amerikanischen Regierungssystem Exekutive und Legislative auf Grund komplementärer Kompetenzen und wechselseitiger Kontrollen nach innen und außen stets aufeinander verwiesen sind (vgl. auch CR 10/2001, S. 2). Im amerikanischen Regierungssystem sind Präsident und Congress Bestandteile ein und derselben legislativen Arena, in der beide Seiten die aktive Kooperation oder zumindest stillschweigende Billigung der jeweils anderen benötigen. Präsident und Congress sind als „Tandem-Institutionen“ zu begreifen. Das gilt auch und gerade für *wartime politics*. „Der Congress“, so Robert C. Byrd (D-W.Va.), der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, in diesem Zusammenhang Mitte März 2002 unmissverständlich, „hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Politik des Präsidenten zu hinterfragen.“

Gemeint ist zunächst der „Krieg gegen den Terrorismus“, den Präsident Bush nach dem 11. September erklärt, und den der Congress zunächst überparteilich unterstützt hat (vgl. CR 9/2001, S. 1). Hier ging *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) Ende Februar 2002 erstmals öffentlich auf Distanz zum Präsidenten und verlangte ein „besseres Verständnis“ der Richtung, in die sich der Krieg gegen den Terrorismus entwickeln soll. Der Congress, so Daschle, werde dem Präsidenten „keine Blankovollmacht“ im Krieg gegen den Terrorismus ausstellen. Zwar sei der Krieg bisher durchaus ein Erfolg gewesen. Allerdings, so der Mehrheitsführer im Senat, müssten die USA Osama bin Laden und andere Führer des El Kaida-Terrornetzwerks dingfest machen, damit man wirklich von einem Erfolg der US-Strategie sprechen könne.

Während republikanische Mitglieder des Congress wie *Senate Minority Leader* Trent Lott (R-Miss.) und *Majority Whip* Tom DeLay (R-Texas) im Repräsentantenhaus die Äußerungen von Daschle scharf kritisierten und ihn als illoyal gegenüber dem Präsidenten attackierten, mahnten führende Demokraten im Senat wie Ernest F. Hollings (D-S.C.) und Robert C. Byrd (D-W.Va.) eine „Exit-Strategie“ für Afghanistan an. Außerdem kritisierten sie die Informationspolitik der Administration, bei der man nicht wisse, „ob der Congress mit Absicht im Dunkeln gelassen werde, oder die Administration ihre wichtigsten politischen Entscheidungen im Fluge treffe“, wie Senator Byrd es formulierte.

Zwar verabschiedete der Senat am 8. März 2002 eine Resolution (*Senate Joint Resolution 222*), in der sich die Kammer geschlossen hinter die Politik des Präsidenten bei der Bekämpfung des Terrorismus stellte. Der Druck zugunsten „angemessener Beratung“ hält jedoch an. So unterstrich Senator Byrd vier Tage nach Verabschiedung der

Resolution, dass „der Verlust amerikanischer Leben in Afghanistan es erfordert, das wir die „wartime politics“ des Präsidenten hinterfragen, ganz egal wie unangenehm die Nachfragen auch sein mögen.“ „Wir schulden das“, so der Senator weiter, „den Amerikanern, die gestorben sind und sterben werden im Zuge eines unter Umständen langen und düsteren Krieges.“ Bei den Kampfhandlungen waren Anfang März in Afghanistan sieben amerikanische Soldaten umgekommen.

Die Kritik an der mangelnden Konsultationsbereitschaft der Administration entzündete sich auch daran, dass Präsident Bush nach den Terrorangriffen des 11. September eine Art Notregierung einrichtete, ohne den Congress zu informieren, beziehungsweise zu beteiligen. Während der Präsident im Rahmen des „Continuity of Operations Plan“ etwa 100 Mitglieder seiner Administration in zwei geheimen Bunkeranlagen unterbrachte, um die Funktionsfähigkeit der Regierung für den Fall weiterer Terrorangriffe sicherzustellen, erfuhr der Congress von diesen Maßnahmen erst Anfang März 2002 aus der Washington Post und das, obwohl dem *Speaker* des Repräsentantenhauses im Falle des Todes - beziehungsweise der Amtsunfähigkeit - von Präsident und Vizepräsident die Führung der Bundesregierung zufallen würde. „Über die Tatsache hinaus, dass wir von den Notfallplänen aus den Medien gehört haben, wissen wir nicht viel darüber“, beklagte sich Bill Young (Fla.), der republikanische Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus. „Es gibt zwei Teile der Regierung, die zentral sind für das Funktionieren unserer Demokratie“, sekundierte der Demokrat William Delahunt (D-Mass.), Mitglied des Rechtsausschusses im Repräsentantenhaus, und ergänzte, dass er hofft, „dass Speaker und Minority Leader zumindest die Frage stellen: ‚What about us?‘“ Auch im Senat war die Kritik nicht nur bei den Demokraten deutlich. So ließ der Republikaner Chuck Hagel (R-Neb.), einflussreiches Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, verlauten, dass der Umgang der Administration mit den Notfallplänen „die Kooperation und den Geist der Zusammenarbeit“ zwischen Weißem Haus und Capitol nicht befördere“.

Wasser auf die Mühlen der Kritiker der mangelnden Abstimmung der Administration mit dem Congress ist auch die Weigerung des für die ‚Homeland Security‘ zuständigen Direktors im Weißen Haus, Tom Ridge, vor dem Bewilligungsausschuss des Senats über seine Arbeit Auskunft zu geben. Ridge war nach den Terrorangriffen des 11. September von Präsident Bush zum ‚Homeland Czar‘ ernannt worden (vgl. CR 9/2001, S. 5) und soll über die Programme zur inneren Terrorismusabwehr wachen. Im Weißen Haus wird die Weigerung Ridges vor dem Congress Auskunft zu geben damit begründet, dass er offiziell keinen Kabinettsrang besitzt. Während Kabinettsmitglieder vom Senat bestätigt und dem Congress in Anhörungen regelmäßig Rede und Antwort stehen müssen, gilt dies nicht für die Stabsmitarbeiter des Präsidenten im Weißen Haus.

Allerdings haben Robert C. Byrd (D-W.Va.), der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, und Ted Stevens (Alaska), der führende Republikaner im Ausschuss, geltend gemacht, das Ridge jener Vertreter der Exekutive ist, der „die Verantwortung“ für die Ausführung sämtlicher Programme für den Inlandsschutz trägt. Auch Richard Shelby (Ala.), der führende Republikaner im Geheimdienstauschuss des Se-

nats, hat sich dahingehend geäußert, dass Ridge „die Verpflichtung hat“ vor dem Beauftragungsausschuss des Senats auszusagen. Demgegenüber beharrt Präsident Bush auf seinem ‚*executive privilege*‘ und verweist darauf, dass Mitglieder seines Stabes lediglich eine beratende (im Gegensatz zu einer ausführenden) Funktion wahrnehmen. Wie die nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, die als Direktorin des Nationalen Sicherheitsrates eine reine Koordinationsfunktion wahrnehme, so das Weiße Haus, komme auch dem Direktor für ‚*Homeland Security*‘ eine rein beratende Aufgabe zu. „Das“, so Ari Fleischer, der Sprecher des Weißen Hauses, „funktioniert gut für den *National Security Adviser*, und wir hoffen, dass der Congress dies (auch mit Blick auf Ridge) respektiert.“ Tom Daschle (D-S.D.), der Mehrheitsführer im Senat, hat nun damit gedroht, Ridge unter Strafanzeige vorladen zu lassen. „Wir müssen einen Weg finden“, so Daschle, „um aus der Sackgasse herauszukommen.“

Kritik an der Informations- und Konsultationsbereitschaft der Bush-Administration ist auch mit Blick auf die *National Energy Policy Development Group*, eine von Vizepräsident Dick Cheney geleiteten *Task Force* zur Entwicklung eines neuen Energiekonzepts, laut geworden. Diese Arbeitsgruppe hatte im Mai 2001 der Öffentlichkeit ihr Konzept für eine neue Energiepolitik der USA vorgestellt (vgl. CR 5/2001, S. 7).

Nach der Milliardenpleite des Energiekonzerns Enron hatte eine Gruppe von Demokraten im Repräsentantenhaus um Henry A. Waxman (Cal.) und John Dingell (Mich.) das *General Accounting Office* (GAO), eine dem Congress unterstehende, unabhängige Überwachungsbehörde, damit beauftragt, die Arbeit der von Cheney geleiteten *Task Force* näher zu untersuchen. Insbesondere soll festgestellt werden, welche Industrievertreter von der *National Energy Policy Development Group* konsultiert wurden. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob ein Zusammenhang zwischen Wahlkampfspenden aus der Energiewirtschaft und Beratungsgesprächen zwischen Industrievertretern und der *Task Force* bestanden haben könnte.

Während die Administration sich mit Verweis auf die prinzipielle Vertraulichkeit, die der Präsident ex officio für sich beanspruchen könne, weigert, die Informationen zur Verfügung zu stellen, hat das GAO unter Comptroller General David M. Walker nun den Rechtsweg eingeschlagen, um die Freigabe der Informationen gerichtlich zu erzwingen. Demgegenüber machte Vizepräsident Cheney geltend, dass er und Präsident Bush „die Verpflichtung verspürten“, das Gleichgewicht zwischen Präsident und Congress wieder herzustellen, das sich in den vergangenen „30 bis 35 Jahren“ zu Ungunsten der Exekutive verschoben habe. Der Vizepräsident nannte in diesem Zusammenhang insbesondere das Kriegsvollmachtengesetz aus dem Jahr 1973 und den *Budget and Impoundment Control Act* aus dem Jahr 1974 als Belege für die „Erosion der Fähigkeit des Präsidenten der Vereinigten Staaten, seine Arbeit zu machen.“

Allerdings wird dies vielerorts bestritten, da die Verfassungsväter aus Furcht vor Machtmissbrauch einen Verfassungsrahmen entwarfen, in dem fundamentale Entscheidungen nach innen und außen nur von Präsident und Congress gemeinsam getroffen werden können. Von daher kann man die Strategie des Weißen Hauses auch als eine „go-it-alone“-Strategie lesen, wie David E. Price (D-N.C.), Mitglied des Bewilli-

gungsausschusses im Repräsentantenhauses es kürzlich nannte. Ob Präsident Bush mit diesem imperialen Deutungsanspruch seiner Vollmachten freilich Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten, denn die Verfassung zwingt den Präsidenten zum Zusammenwirken mit dem Congress.

3. Senat berät über Reform der Wahlkampffinanzierung

Der Senat hat am 18. März 2002 mit den Beratungen über die vom Repräsentantenhaus Mitte Februar verabschiedete Gesetzesvorlage zur Reform der Wahlkampffinanzierung (vgl. CR 2/2002, S. 1) begonnen. Befürworter wie Gegner der Reform des *Federal Election Campaign Act* (FECA, 1974) rechnen mit der Annahme der Vorlage, die in den zurückliegenden Jahren wiederholt im Senat gescheitert ist.

Der Beginn der Debatte war zunächst durch erneute Verhandlungen zwischen den Senatoren John McCain (R-Ariz.), der die Vorlage zusammen mit Russell Feingold (D-Wisc.) im Senat eingebracht hat, und Mitch McConnell (R-Ky.), dem führenden Vertreter der Reformgegner, verzögert worden. McConnell hatte versucht, kleinere Änderungen durchzusetzen, konnte jedoch McCain nicht von der sachlichen Relevanz seiner Verhandlungsvorschläge überzeugen.

McConnells Position wurde zudem durch die Zusagen einer Reihe von Reformgegnern geschwächt, in der anstehenden Debatte kein *filibuster* zu unterstützen. Damit gilt die 60-Stimmen-Mehrheit, die für die Beendigung der Debatte und die Durchsetzung der Abstimmung notwendig sind, als gesichert. Zuletzt hatten im April 2001 59 Senatoren für eine ähnlich lautende Gesetzesvorlage gestimmt, 41 dagegen (vgl. CR 4/2001, S.3).

Senate Majority Leader Tom Daschle (D-S.D.) hat für den Fall eines *filibusters* angekündigt, er werde den Senat rund um die Uhr tagen lassen, um eine Abstimmung noch in dieser Woche zu erzwingen. Zudem will Daschle keine weiteren Änderungsanträge zulassen, um zu verhindern, dass die Vorlage erneut durch das Repräsentantenhaus beraten werden muss. Diskutiert wird jedoch die Verabschiedung eines Begleitgesetzes, das technische Änderungen ermöglicht, ohne dass die Verabschiedung des Reformgesetzes gefährdet wäre.

Während sich Präsident Bush bisher nicht festgelegt hat, ob er die Vorlage unterzeichnen oder durch ein Veto blockieren will, gehen die Befürworter wie die Gegner davon aus, dass die Reform nicht am Präsidenten scheitern wird.

Senator McConnell (R-Ky.) hat bereits angekündigt, er werde bei Annahme des Gesetzes eine Klage gegen die umstrittenen Bestimmungen vor dem *Supreme Court* anstreben.

4. Bush skizziert Vorschlag für Novellierung der Familien-Sozialhilfe

Präsident Bush hat Anfang März 2002 seine Vorstellungen für die in diesem Jahr anstehende Novellierung des Familien-Sozialhilfegesetzes von 1996 vorgestellt. Während die Administration keine Änderungen an der Struktur des Familien-Sozialhilfe-Programms vorschlägt, will sie in Einzelpunkten neue Akzente setzen.

Der zwischen Präsident Bill Clinton und den republikanischen Mehrheiten im Congress Mitte der 1990er Jahre ausgehandelte Reformkompromiss hatte das bestehende Sozialhilfe-Programm *Aid to Families with Dependent Children* (AFDC) durch *Temporary Aid to Needy Families* (TANF) ersetzt, um die Reintegration von Sozialhilfebeziehern in den Arbeitsmarkt zu forcieren und Armutsbarrieren abzubauen.

Die umstrittene Reform der Familien-Sozialhilfe hatte eine durchgreifende Verschärfung der Bedingungen für den Leistungsbezug mit zusätzlichen Hilfen für die Arbeitsaufnahme von Anspruchsberechtigten, sowie Subventionen für einkommensschwache Familien (*Earned Income Tax Credit, Minimum Wage*) verbunden. Zudem wurden die Bundeszuschüsse durch feste Globalzuweisungen ersetzt und den Einzelstaaten größere Spielräume in der Umsetzung des Programms zugestanden.

Die Bush-Administration will vor allem

- durch zusätzliche Bundeszuschüsse in Höhe von 200 Mio. USD die Förderung von Eheschließungen unterstützen,
- die Arbeitsanforderungen für Leistungsbezieher von 30 auf 40 Stunden pro Woche erhöhen, wobei allerdings stärker als bisher die Teilnahme an Ausbildungsprogrammen angerechnet werden soll, und
- aufenthaltsberechtigten Ausländern wieder einen Anspruch auf Lebensmittelgutscheine (*Food Stamps*) zubilligen.

Die Förderung von Eheschließungen soll die Zahl alleinerziehender Eltern vermindern helfen. Die Doppelbelastung von Arbeit und Kindererziehung gilt insbesondere für alleinstehende Frauen als zentraler Risikofaktor für länger anhaltende Armut. Zudem werden intakte Zwei-Eltern-Familien als günstigere Vorbedingung für die erfolgreiche Sozialisation der Kinder gesehen.

Das Konzept der Administration sieht jedoch keine konkreten Programme vor. Vielmehr sollen den Einzelstaaten die Mittel für Forschung, Demonstrations- und Pilotprojekte (sowie eigene Programme) zur Verfügung gestellt werden.

Generell hält die Administration am gegenwärtigen Niveau der Bundeszuschüsse an die Einzelstaaten von jährlich 16,6 Mrd. USD fest. Demgegenüber fordern konservative Republikaner eine Reduzierung der Zuschüsse, die bis heute auf dem hohen Ausgabensockel von 1995 festgeschrieben seien. Sie verweisen gleichzeitig darauf, dass

sich seit der Reform die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter AFDC bzw. TANF mehr als halbiert hat.

Liberales Demokraten im Congress fordern dagegen zusätzliche Bundesmittel, um die Einkommenssituation von Leistungsbeziehern nach der Arbeitsaufnahme weiter zu verbessern und angesichts der schwierigeren Arbeitsmarktlage flankierende Hilfsmaßnahmen finanzieren zu können.

Während die anstehende Novellierung keine der Reform von 1995/96 vergleichbar scharfen Kontroversen um die Rolle des Staates in der sozialen Absicherung erwarten lässt, deuten sich in diesen Reaktionen bereits die Konturen der kommenden Debatte an.

Konservative Republikaner sehen die Reform als uneingeschränkten Erfolg und wollen insbesondere die Rolle des Bundes in der Sozialhilfe weiter reduzieren. Linke Demokraten wenden dagegen ein, dass die Reform zwar die Wiedereingliederung von Sozialhilfebeziehern in den Arbeitsprozess erhöht hat, aber in der Armutszureduzierung hinter den Erwartungen zurück geblieben ist.

Die Administration versucht sich mit ihrem Vorschlag zwischen den konträren Lagern zu positionieren und konservative Akzente in der Leistungsbegrenzung und Familienförderung zu setzen, ohne sich durch finanzielle Kürzungen dem Verdacht mangelnden sozialen Engagements auszusetzen.

5. Senatsausschuss gegen Bush-Kandidat für Bundesgericht

Das *Senate Judiciary Committee* hat sich Mitte März 2002 gegen die Nominierung des von Präsident Bush für das Berufungsgericht des 5. Bundesbezirks in New Orleans vorgeschlagenen Kandidaten, Charles Pickering, ausgesprochen.

In einer Serie von Abstimmungen, in denen die zehn demokratischen Ausschussmitglieder gegen ihre neun republikanischen Kollegen stimmten, verweigerte die Mehrheit die Überweisung der Beratung der Nominierung an das Senatsplenum. Damit ist eine Entscheidung über die Pickering-Nominierung blockiert, da die Republikaner nicht über die 60 Stimmen verfügen, die für die Erzwingung einer Abstimmung ohne Ausschussempfehlung notwendig sind.

Die demokratischen Mitglieder des Senatsausschusses haben vor allem frühere Entscheidungen Pickerings in Bürgerrechtsfragen problematisiert. Allerdings stellten sie auch seine Bereitschaft, seine konservativen Überzeugungen gegenüber geltendem Recht zurückzustellen, grundsätzlich in Frage.

Präsident Bush hat die Entscheidung des Justizausschusses scharf kritisiert und die Blockade seiner Vorschläge zur Besetzung der freien Richterstellen auf der oberen

Bundesebene als inakzeptabel bezeichnet. *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) wies die Kritik unter Verweis auf die Geschäftsordnung des Senats und die Praxis der republikanischen Mehrheit unter Präsident Clinton in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zurück.

Für Bush, dessen Nominierungen bisher vergleichsweise reibungslos verlaufen sind, ist die Niederlage schmerzlich, weil er sich zuletzt persönlich intensiv für die Ernennung Pickerings eingesetzt hat. Darüber hinaus wird diese erste Auseinandersetzung um einen Bush-Kandidaten für ein höheres Bundesgericht als Vorlauf für Beratungen über Nominierungen für Vakanzen im *Supreme Court* gesehen.

Die demokratische Mehrheit im Senat hat unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie keine konservativen Kandidaten für wichtige Positionen in den Bundesgerichten akzeptieren will, sondern von Bush erwartet, dass er wie sein Amtsvorgänger gemäßigte, für beide Seiten akzeptable Kandidaten vorschlägt.

6. Hausausschuss für Exportkontrollen von „dual use“-Technologien

Der Streitkräfteausschuss des Repräsentantenhauses hat sich am 6. März 2002 mit 44:6 Stimmen für Exportkontrollen von sogenannten „dual use“-Technologien ausgesprochen. Das sind Technologien, die sowohl der zivilen als auch der militärischen Nutzung zugeführt werden können. Hierbei handelt es sich vor allem um Supercomputer, Ausrüstungen zur Herstellung von Halbleitern und Präzisionswerkzeugmaschinen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA darstellen können.

Der Gesetzentwurf des *Armed Services Committee* (HR 2581) zielt darauf ab, den Export Administration Act (Public Law 96-72), der 1994 ausgelaufen war, zu erneuern. Dabei soll die Exportkontrolle über „dual use“-Technologien dem Handelsministerium übertragen werden.

Das *International Relations Committee* im Repräsentantenhaus hatte dagegen im August 2001 eine eigene Version des Gesetzentwurfs verabschiedet, die dem Pentagon sowie dem Außenministerium die Kontrolle über den Export von „dual use“-Produkten übertragen würde.

Während die Befürworter eines schärferen Exportkontrollregimes die Federführung durch das Verteidigungsministerium verlangen, hat sich die Industrie dafür ausgesprochen, dem Handelsministerium die Kontrollen über den Export von Hochtechnologieprodukten zu übertragen. Damit verbunden ist die Einschätzung, dass Exportbeschränkungen von „dual use“-Technologien im Grunde obsolet sind, weil sie auf den Weltmärkten sowieso jederzeit zur Verfügung stehen.

Nach den Terrorangriffen des 11. September hat sich vor allem das Pentagon mit Verweis auf die nationale Sicherheit dafür stark gemacht, seine Befugnisse im Bereich der Exportkontrolle zu stärken.

7. CBO legt neue Prognosen zur Haushaltsentwicklung vor

Das Haushaltsbüro des Congress hat Anfang März 2002 neue, deutlich optimistischere Vorhersagen zur Haushaltsentwicklung in den Vereinigten Staaten vorgelegt (vgl. CR 2/2002, S. 10). Danach wird für das laufende Haushaltsjahr, das rechnungstechnisch am 30. September 2002 endet, ein Haushaltsüberschuss von 5 Mrd. USD prognostiziert, während das *Congressional Budget Office* (CBO) noch im Januar von einem Defizit von 21 Mrd. USD für 2002 ausgegangen war. Für das Haushaltsjahr 2003 geht das CBO nun von einem leichten Überschuss von 6 Mrd. USD aus.

Allerdings betont das Haushaltsbüro des Congress, dass diese Prognosen neue Ausgabenprogramme (wie das vereinbarte Konjunkturprogramm [vgl. Punkt 2] oder mögliche Ausgaben für den Krieg gegen den Terrorismus) nicht berücksichtigen. Sollten alle Ausgabenprogramme, die in Präsident Bushs Budgetanforderungen vorgesehen sind, realisiert werden, rechnet das Congressional Budget Office mit einem Defizit im Bundeshaushalt von 90 Mrd. USD im Haushaltsjahr 2002 und 121 Mrd. USD im Jahr 2003.

Den Berechnungen liegt die Annahme zu Grunde, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Vereinigten Staaten in diesem Jahr um 1,7 Prozent steigen wird. Noch im Januar war das CBO von einer Wachstumsrate des BIP von 0,8 Prozent ausgegangen.

Dan Crippen, der Direktor des CBO, prognostizierte ferner, dass 1,8 Billionen USD aus dem *Social Security Trust Fund* zur mittelfristigen Finanzierung von Bushs Haushaltsansätzen abgezweigt werden müssen. Während Kent Conrad (D-N.D.), der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat, die Aussagen als Beleg dafür wertete, „dass Bundesausgaben und Steuersenkungen“ begrenzt werden müssen, bewertete Pete Domenici (N.M.), der führende Republikaner im Ausschuss, die Prognosen des CBO deutlich optimistischer. Ab 2005 sei wieder mit deutlichen Haushaltsüberschüssen zu rechnen, was fiskalkonservative Republikaner allerdings nicht davon abhält, auf eine defizitneutrale Ausgabenpolitik des Bundes zu drängen (vgl. CR 2/2002, S. 4).

8. Senator Fred Thompson kündigt Ausscheiden an

Im Senat hat der Republikaner Fred Thompson, der seit 1995 für Tennessee im Senat sitzt, Anfang März 2002 sein Ausscheiden zum Ende der Legislaturperiode angekündigt. Damit steigt die Zahl der sogenannten offenen Sitze, die die Republikaner in den Zwischenwahlen im November im Senat zu verteidigen haben, auf vier. Gleichzeitig

bewerben sich 16 republikanische Amtsinhaber um eine Wiederwahl in den Senat, während sich bei den Demokraten 14 Amtsinhaber um eine Bestätigung im Amt bemühen (vgl. auch CR 1/2002, S. 7).

Es wird erwartet, dass Lamar Alexander, der frühere Gouverneur Tennesseees und Bewerber um die Nominierung für die republikanische Präsidentschaftskandidatur 2000, sich um die Nachfolge Thompsons bewerben wird. Senator Thompson gilt als moderat-konservativer Republikaner, der sich vor allem als früherer Vorsitzender des *Senate Governmental Affairs Committee* einen Namen machte. Er begründete sein Ausscheiden mit privaten Motiven, die einer neuerlichen Kandidatur um die sechsjährige Amtszeit im Senat entgegenstünden.

Die Republikaner müssen bei den Zwischenwahlen im Senat zwei Sitze hinzu gewinnen, wenn sie die Kontrolle über die Kammer zurückerlangen wollen. Umgekehrt benötigen die Demokraten im Repräsentantenhaus Zugewinne von mindestens sechs Sitzen, um wieder die Mehrheit stellen zu können.

bewerben sich 16 republikanische Amtsinhaber um eine Wiederwahl in den Senat, während sich bei den Demokraten 14 Amtsinhaber um eine Bestätigung im Amt bewerben (vgl. auch CR 1/2002, S. 7).

Es wird erwartet, dass Lamar Alexander, der frühere Gouverneur von Tennessee und Beauftragter für die republikanische Präsidentschaftskandidatur 2000, sich um die Nachfolge Thompsons bewerben wird. Senator Thompson gilt als moderat-konservativer Republikaner, der sich vor allem als führender Vorkämpfer des Jahres-Governmental Affairs Committee eines Hauses rühmt. Er bestritt bisher kein Amt, das mit privaten Motiven die einer neutralen Kandidatur um die sechsjährige Amtszeit im Senat entgegensteht.

Die Republikaner müssen bei den Zwischenwahlen im Senat zwei Sitze hinzu gewinnen, wenn sie die Kontrolle über die Kammer zurückerobern wollen. Umgekehrt benötigen die Demokraten im Repräsentantenhaus Zugewinne von mindestens sechs Sitzen, um wieder die Mehrheit stellen zu können.

UB KAISERSLAUTERN



106 311 453 386